

Ökonomie ist die Lehre vom Umgang mit Knappheit. Sie untersucht, wie Menschen, Unternehmen und Gesellschaften entscheiden, was produziert, verteilt und konsumiert wird, wenn Mittel begrenzt sind und Bedürfnisse potenziell unbegrenzt. Doch ist Ökonomie nie nur Beschreibung dieser Vorgänge, sondern stets auch eine Theorie darüber, wie menschliches Zusammenleben materiell organisiert werden soll.

Als Wissenschaft entsteht die moderne Ökonomie im 18. Jahrhundert mit der Vorstellung, dass Märkte eine eigene innere Ordnung besitzen. **Adam Smith (1723–1790)** gilt als Vater der modernen Ökonomie und verfasst **The Wealth of Nations**, der Grundstein der klassischen Nationalökonomie und des modernen Kapitalismus. Arbeitsteilung, Wettbewerb, Streben nach Gewinn- und Nutzenmaximierung erscheinen als sich selbst regulierende Mechanismen, die Wohlstand hervorbringen können, ohne dass eine zentrale Instanz alles steuert (Konzept der unsichtbaren Hand). Im 19. Jahrhundert wird diese Sicht zunehmend formalisiert und mit dem **Marginalismus** beginnt die **mathematische Modellierung wirtschaftlicher Prozesse**: Entscheidungen werden als berechenbare Reaktionen auf Knappheit interpretiert, Märkte als Systeme, die zu Gleichgewichten tendieren.

Doch die Katastrophen des 20. Jahrhunderts erschüttern dieses Vertrauen. Nach der Wirtschaftskrise und dem zweiten Weltkrieg entstand in den westlichen Industriestaaten eine neue ökonomische Ordnung, die sich stark an den Ideen von **John Maynard Keynes (1883-1946)** orientierte. Nach Keynes greift der Staat aktiv ins Marktgeschehen ein, insbesondere zur Stabilisierung der Konjunktur, zum Aufbau sozialer Sicherungssysteme und zur Regulierung internationaler Finanzbeziehungen. Die Volkswirtschaften Westeuropas, Nordamerikas und Japans erlebten unter diesen Bedingungen ein Wirtschaftswunder: Aufschwung gepaart mit Vollbeschäftigung, Massenkonsum, Ausbau des Wohlfahrtsstaates (soziales Netz) und relative soziale Gerechtigkeit. Vielen gilt diese Zeit als goldene Ära des Kapitalismus.

In den 1970er Jahren gerät das Modell in eine strukturelle Krise. Stagflation, Ölpreisschocks, wachsende Staatsverschuldung und der Zusammenbruch fester Wechselkurse führen zu einem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Märkte sollen wieder Vorrang erhalten, staatliche Eingriffe reduziert, Geldpolitik gestärkt werden. **Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung** werden zu zentralen Prinzipien wirtschaftlicher Organisation. Die **Globalisierung** beschleunigt diesen Wandel. Kapital, Produktion und Handel überschreiten zunehmend nationale Grenzen. Staaten geraten in Wettbewerb um Investitionen und Wachstum, während wirtschaftspolitische Handlungsspielräume schrumpfen. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz nach dem **Zusammenbruch des Staatssozialismus** wird die marktwirtschaftliche Ordnung global zum dominierenden Referenzmodell. Zudem erlauben diese neuen Märkte zusätzliches exponentielles Wachstum, der globale Süden wird Plattform kostengünstiger Produktion (Arbeitskraft, Ressourcen, Umwelt).

Seit den 1990er Jahren hebt die **digitale Revolution** diese Entwicklung in eine neue Dimension. Digitale Plattformen operieren grenzüberschreitend, erzeugen starke Netzwerkeffekte und konzentrieren wirtschaftliche Macht in bislang unbekanntem Ausmaß. Daten werden zum Produktionsfaktor, während staatliche Regulierung der Geschwindigkeit technologischer Veränderung oft hinterherläuft. Marktliberalisierung erscheint nun nicht nur als politische Entscheidung, sondern als strukturelle Eigenschaft einer vernetzten Weltökonomie.

Parallel dazu hat sich in der akademischen Wirtschaftslehre weltweit ein weitgehend einheitlicher methodischer Rahmen etabliert, der auf den Grundannahmen der neoklassischen Theorie beruht. Mathematische Modelle strukturieren die Analyse von Märkten, und die Reduktion von Komplexität gilt als Voraussetzung. Dabei geraten zentrale Dimensionen realer Wirtschaftssysteme häufig in den Hintergrund: historische Entwicklungen gesellschaftlicher Strukturen, psychologische Motive wirtschaftlichen Handelns, institutionelle Machtverhältnisse sowie politische Instabilität und ökologische Begrenzungen. Da sich diese Faktoren nur begrenzt formalisieren lassen, werden sie in vielen Modellen nicht systematisch berücksichtigt.

So entsteht eine Lücke in der ökonomischen Ausbildung: Studierende lernen, abstrakte Gleichgewichtssysteme zu analysieren, werden jedoch nur begrenzt darauf vorbereitet, die komplexen, dynamischen und oft nichtlinearen Herausforderungen der Gegenwart zu verstehen und praktisch zu bewältigen.

Diese Spannung verweist auf eine tiefere Diskrepanz. Die dominierenden neoklassischen Theorien entstanden historisch unter Bedingungen relativer Expansion und haben sich als Standard in Institutionen, politischen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Erwartungshorizonten stabilisiert. Die materiellen Bedingungen, auf die sie sich beziehen, verändern sich jedoch zunehmend schneller als diese Institutionen und Denkmodelle. Während ökologische und politische Systeme an Grenzen stoßen und irreversible Dynamiken entfalten, bleiben wirtschaftliche Leitvorstellungen vielfach von Wachstum, Anpassungsfähigkeit und fortgesetzter Expansion geprägt. Die Klimakrise und die zögerliche Reaktion gesellschaftlicher Systeme machen diese zeitliche Fehlanpassung besonders deutlich.

Es stellt sich natürlich die Frage: Kann ein Wirtschaftssystem, dessen Dynamik auf Wachstum, Innovation und Expansion beruht, unter Bedingungen ökologischer Begrenzung und politischer Instabilität dauerhaft bestehen? Optimistische Perspektiven setzen auf technologische Transformation, grüne Investitionen und marktbasierte Steuerungsinstrumente. Skeptischere Stimmen fordern Postwachstums- und Degrowth-Konzepte, Gemeinwohlorientierung, Kreislaufwirtschaft oder neue Mischformen zwischen Markt, Staat und gemeinschaftlicher Organisation.